

Freisinn FDP

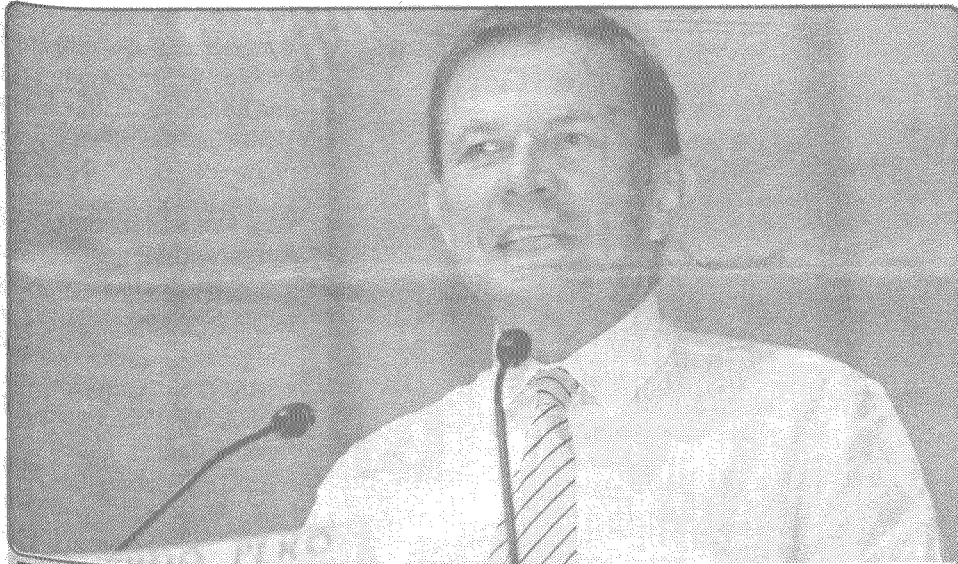
Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen) E-Mail: gs@fdp-prd.ch

Herrn
Franz Georg Maier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern
600361

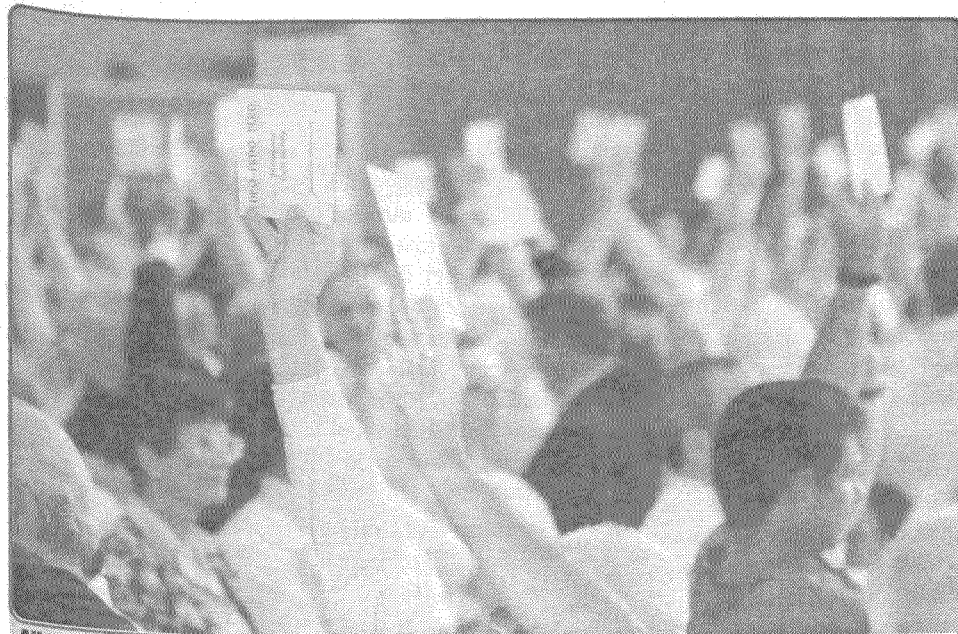
ABSTIMMUNG VOM 24. SEPTEMBER  FDP-Parolen

5-mal Nein

Die FDP sagt 5-mal Nein zu den Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. September 2000. Nein zur 18-Prozent-Initiative, Nein zur Initiative «konstruktives Referendum» und 3-mal Nein zu allen Energievorlagen.



FDP-Präsident Franz Steinegger: «Wir bekämpfen rechte Chaoten, so wie wir auch linke Chaoten bekämpft haben.»



Alle drei Energievorlagen fanden vor den FDP-Delegierten keine Gnade: 3-mal Nein lautete das klare Verdikt. (Bilder Stahl)

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Warum eine Debatte, im Nachgang zur 1.-August-Feier auf dem Rütli, nötig ist. Seite 2
- Präsident Franz Steinegger ist der Ansicht, dass trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung keine Mehrwertsteuer auf Vorrat erhoben werden darf. Seite 5
- Die 18-Prozent-Initiative löst ein verständliches Unbehagen aus. Seite 7



FDP-Ständerätin Vreni Spoerry und FDP-Nationalrat Charles-Albert Antille argumentieren gegen die 18-Prozent-Initiative und finden Unterstützung von den FDP-Delegierten. Den Pro-Standpunkt vertraten die Aargauer FDP-Vertreter Philipp Müller und Luzi Stamm, Nationalrat.

- Nein zur Solarinitiative
- Nein zum Verfassungsartikel über eine Förderabgabe
- Nein zum Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt
- Nein zur 18-Prozent-Initiative
- Nein zur Volksinitiative «konstruktives Referendum»

IM NACHGANG ZUM 1. AUGUST ◉ *Politischer Extremismus ist allgegenwärtig*

Debatte ist nötig

Eine aufgeregte Diskussion um die schweizerische Neonazi-Szene und die Mittel zu ihrer Bekämpfung ist im Nachgang zum publikumswirksamen Rütli-Auftritt einer Skin-Hundertschaft entstanden. Die Forderung nach isolierten Einzelmassnahmen oder simplen Lippenbekenntnissen greift jedoch zu kurz. Das Problem ist weder neu noch unerkannt, verdient jedoch im Kontext extremistischer Gesinnung jeder Richtung betrachtet zu werden. Weiterführend wäre eine Debatte, inwieweit heute Instrumente des politischen Extremismus in der Schweiz eingesetzt werden.

VON FDP-GENERAL-
SEKRETÄR JOHANNES
MATYASSY, MURI (BE)

Es geht um den Schutz der liberalen Gesellschaft. Diese muss sich gegenüber extremistischen Tendenzen behaupten können und vor Übergriffen geschützt werden. Dabei spielt es grundsätzlich keine Rolle, welcher Couleur oder Richtung die Extremisten angehören – auch wenn zurzeit die rechtsextreme Szene besonders auffällig auftritt. Eine Einschränkung des Beobachtungsfeldes allein auf rechtsextreme Kreise wäre falsch.

Bekämpfung und Prävention als Aufgaben der Bürgergesellschaft

Die Bekämpfung des Extremismus ist denn auch nicht eine Aufgabe allein der Politik, sondern der Bürgergesellschaft. Die Aufgabe geht über die rein politischen Aspekte weit hinaus. Die Biographien von Extremisten weisen oft auf individuelle und soziale Probleme hin, welche die Bereitschaft zur Übernahme extremistischen Gedankenguts schufen. Mithin ist diese Aufgabe also der Politik, den Familien, den Schulen, den Arbeitgebern, den Vereinen

usw., der Bürgergesellschaft also solches gestellt. Die isolierte Forderung nach einer Anpassung des Antirassismogesetzes beispielsweise – das ohnehin schon im Grenzbereich der problematischen Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit angesiedelt ist – greift zu kurz. Für alle Akteure stehen Aufgaben an:

■ Gesetzgeber: Instrumentarium und finanzielle Mittel für gewünschte Eingriffshärte bereitstellen, auch für neuere Herausforderungen wie die Verbreitung von Extremismus via Internet

■ Polizeiliche Behörden: Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten inklusive Verhinderung der Einwanderung deutscher Skin-Aktivitäten in die Schweiz

■ Politik: Klare inhaltliche Distanzierung und Schaffung von Transparenz

■ Familien: Prävention im Rahmen der erzieherischen Verantwortung

■ Schulen: Schaffung von Transparenz im Rahmen der historischen Ausbildung sowie allgemeine Gewaltprävention

Die Instrumente des politischen Extremismus

Interessant und weiterführend scheint abseits die-



Johannes Matyassy fordert Einzelmassnahmen.

ser konkreten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der Fokus der Politik zu sein. Statt alibihaftes Aufrufe im Sinne von «Bündnissen gegen rechts» und Ähnlichem zu veröffentlichen, sollte eine Diskussion Platz greifen, inwieweit Instrumente des politischen Extremismus heute in der Schweiz von wem eingesetzt werden:

■ ungehemmte Freund-Feind-Politik: Die eigene Meinung wird verabsolutiert, der Gegner zum Bösewicht gemacht. Beispiele sind der Klassenkampf, aber auch der Kampf gegen die sogenannte «classe politique».

■ Ständige Berufung und Vereinnahmung des Volkswillens: Die populistische Forderung nach einer immer stärkeren Rollenausdehnung des «Volkes» unter Ausschaltung der übrigen demokratischen Institutionen ist sowohl bei der Beschleunigungs- als auch bei der Maulkorbinitiative vorhanden. Aber auch das «konstruktive Referendum» geht mit der Ausschaltung des Ständemehrs in diese Richtung.

■ Verdammung des Parlaments: ähnliche Funktionsweise wie oben.

■ Förderung von Krisenstimmung und Miesmacheri: Die penetrante Wieder-

holung von Bewertungen des schweizerischen Gesamtzustandes als «gespensterhaft», «korrupt», «realsozialistisch» usw. soll den Unmut über die Behörden noch fördern.

■ Tabuisierung durch political correctness: Die Verdammung von realen Problemen aus dem möglichen politischen Diskussionskreis durch Tabuisierung schränkt als besonders perfide Form des Gesinnungsterrors die effektive Problemwahrnehmung ein und beschränkt dadurch den Denk- und Handlungsspielraum.

Weg von künstlicher Aufgeregtheit

Zweierlei ist notwendig:

1. Die Bewusstmachung der Aufgaben aller gesellschaftlichen Gruppen bezüglich der Prävention und Bekämpfung extremistischer Tendenzen. Hier sind konkrete Massnahmen zu prüfen und zu entscheiden.
2. Die politische Debatte über den Charakter der Instrumente des politischen Extremismus, wie sie heute in der Schweiz allgegenwärtig sind.

So wäre es möglich, weg von der künstlichen Aufgeregtheit und blindem Aktivismus hin zu einer fruchtbaren Debatte über den Schutz der liberalen Gesellschaft zu gelangen. ■

VORSTELLUNG  Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who? – Teil 8

Pierre Triponez

Geburtsdatum: 7. August 1943
Bürgerort: Le Noirmont und Emmen
Wohnort: Muri BE
Zivilstand: verheiratet
Kinder: 2 (78, 80)
Konfession: katholisch
Militär: Oberstleutnant aD
Hobbys: Klassische Musik, Jogging, Skifahren

Ausbildung

- Primarschule in Emmen
- Gymnasium in Luzern
- Universität in Bern und Paris

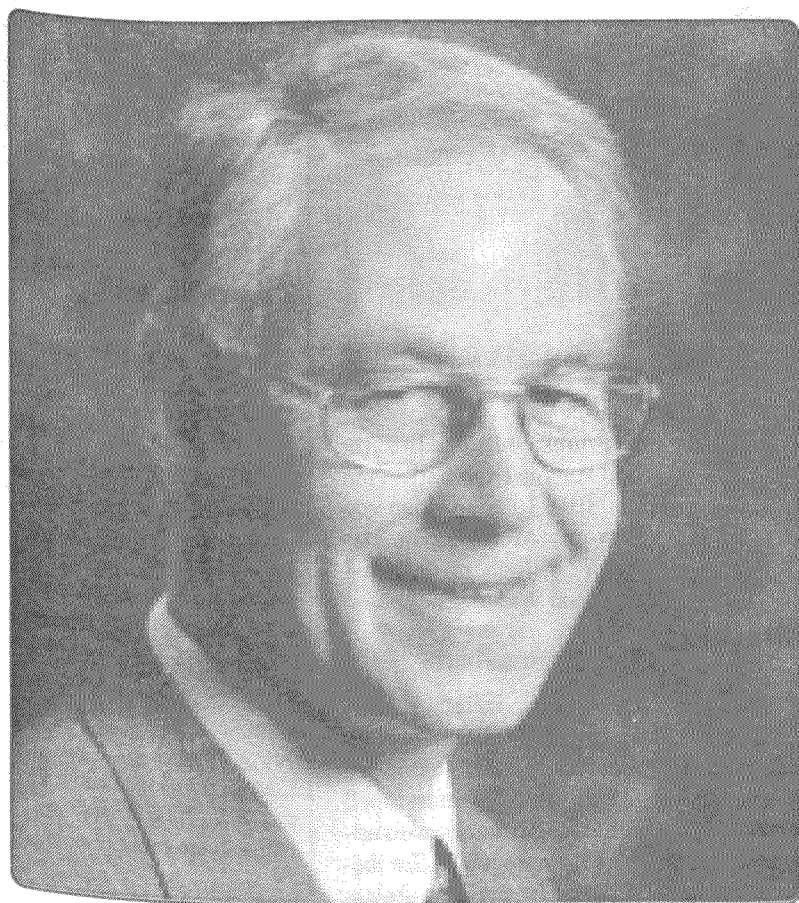
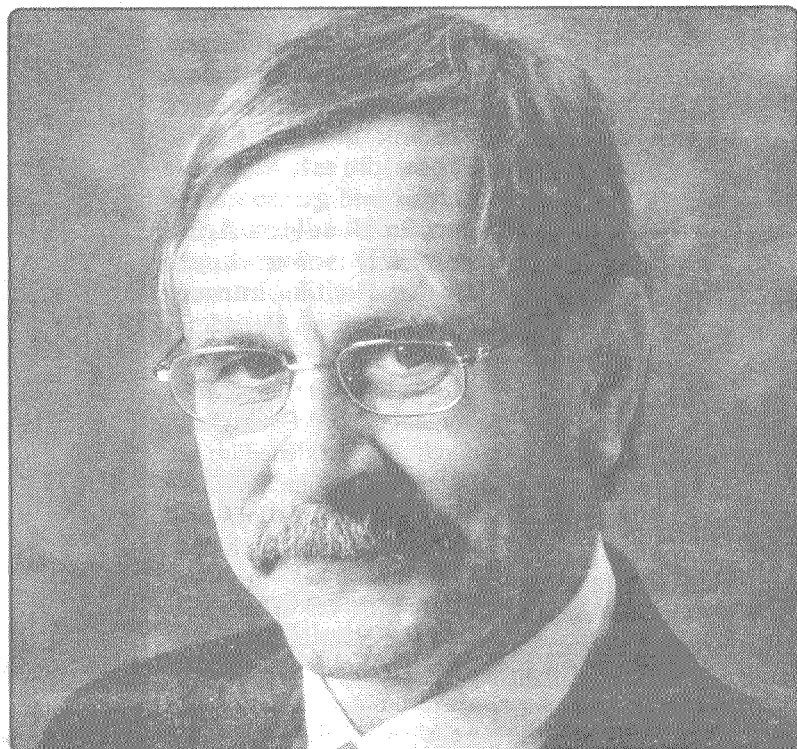
Gegenwärtige Tätigkeit

- Direktor des Schweiz. Gewerbeverbandes

Organisationen / Verbände / Institutionen

- Präsident der Schweiz. Kommission für Immobilienfragen

- Präsident der Stiftung KMU Schweiz
- Präsident der Prüfungskommission Höhere Fachprüfung Eidg. dipl. Betriebswirtschafter/in
- VR Schweiz. Institut für Unternehmensschulung im Gewerbe
- Stiftungsrat der Gemeinschaftsstiftung für berufliche Vorsorge im schweiz. Gewerbe
- VR der Suva
- Mitglied der Rüstungskommission
- Mitglied der Wettbewerbskommission
- Vorstand Energieforum Schweiz
- Verwaltungsratspräsident der Engineering Management Selection E. M. S. AG Bern
- Präsident der Schweiz. Stiftung für Oberflächentechnik
- Vorstand Freunde der musikalischen Sommerakademie



René Vaudroz

Date de naissance: 24. 7. 1947
Commune d'origine: Leysin
Domicile: Leysin
Etat-civil: marié
Enfants: 3 (20, 23, 24)
Konfession: protestant
Militaire: Soldat san.
Hobbies: Ski, montagne, vélo tout terrain

Carrière professionnelle

- Ecoles primaires et secondaires vaudois
- Apprentissage technico-commercial à l'administration fédéral des CFF
- Enténeur fédéral pour Fédération Suisse de ski

Activité actuelle

- Directeur et administrateur-délégué de Télé-Leysin SA

Carrière politique

- 1983-85 Conseiller Communal à Leysin
- 1986-97 Municipal

- 1990-99 Député au Grand Conseil Vaudois
- 1989-99 Initiateur et président du groupe sport du Grand Conseil

Fonctions au sein du parti

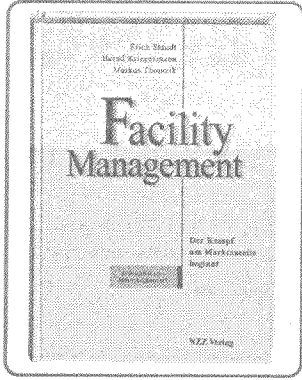
- 1982-87 Président de la section du Parti radical de Leysin
- 1984-90 Initiateur et Président de la commission sport du parti radical vaudois

Organisations / Institutions d'importance cantonale et fédérale

- 1972-82 Entréneur et responsable dans les équipes nationales Suisse du ski
- 1989-99 Membre du comité directeur de l'association «Seilbahn Schweiz»
- Dès 1998 Vice-président de la Fédération Suisse de ski

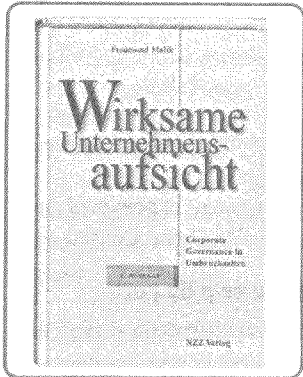
Aus dem
NZZ-Buchverlag

Lust an der Politik



Unter dem «Facility Management» haben die Autoren Erich Staudt, Bernd Kriegesmann und Markus Thomzik eines 260-seitiges, gebundenes Buch im NZZ-Verlag herausgegeben. Mit dem Untertitel «Der Kampf um Marktanteile beginnt» bieten sie Systemlösungen an, die zu Kosteneinsparungen, vor allem aber auch zu Qualitätsverbesserungen im gesamten Gebäudeunterhalt führen.

NZZ-Verlag, Preis Fr. 65.–.



Professor Fredmund Malik geht in seinem 302-seitigen Werk «Wirksame Unternehmensaufsicht» der Frage nach: Führen Top-Manager wirklich in die Zukunft? Leisten sie das, was sie leisten sollen? Genügt die Führung den Anforderungen im veränderten Wettbewerbsumfeld? Antworten bietet Malik mit seinem kritischen, praxisbezogenen Brevier für eine wirksame und erfolgreiche Gestaltung der Unternehmensführung und -aufsicht.

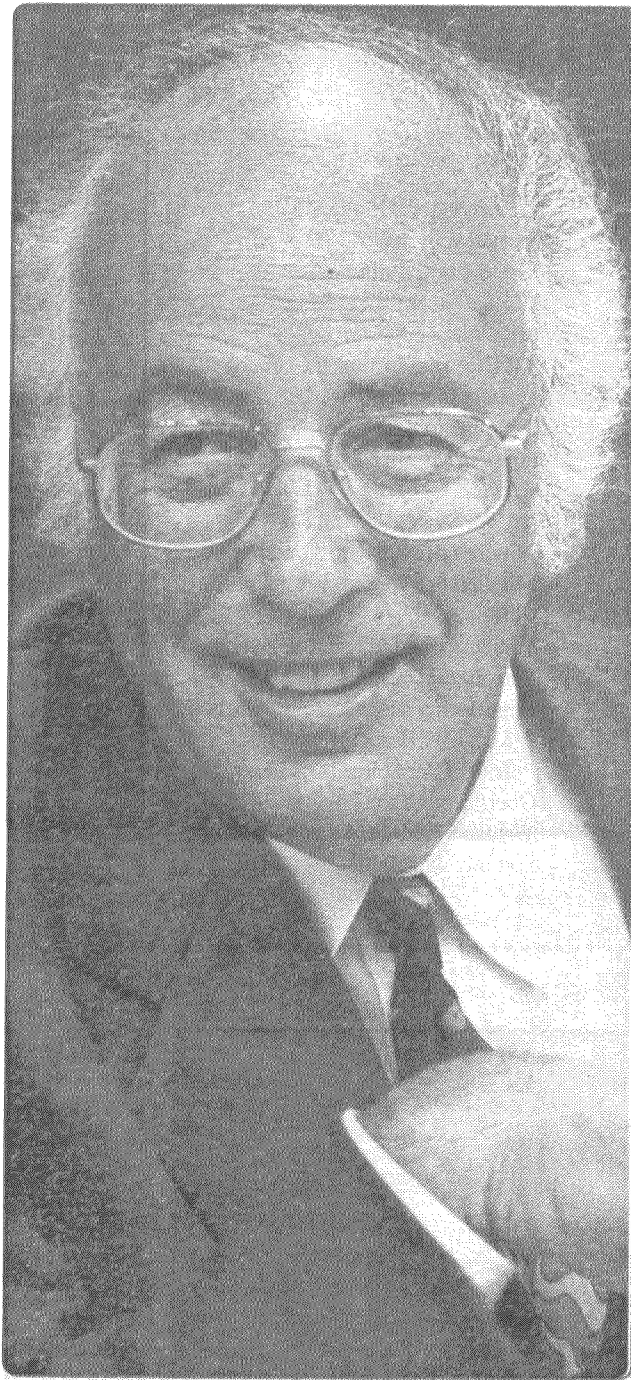
NZZ-Verlag, Preis Fr. 62.–.

Autor Andreas Iten, Unterägeri ZG, war 1987 bis 1998 Ständerat und Mitglied der FDP-Fraktion. Was aus seiner Feder kam, wurde schon damals, in den Innerschweizer Medien und im FDP-Pressedienst, viel beachtet und gerne gelesen. In all seinen Artikeln war seine «Lust an der Politik» immer zu spüren.

Die Politik ist durch die Vorgänge in Österreich, durch die Spendenaffäre in Deutschland, durch Skandale und Korruptionsverdacht, aber auch durch das Parteiengozänke in der Schweiz in Verruf gekommen. Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen die Politik als schmutziges Geschäft wahr.

Wider den Zerfall

Es herrscht Irritation. In unseren Ohren klingen Sätze nach, wie zum Beispiel: «Wir wollen einen schwachen Staat und eine starke SVP.» Da erscheint das Buch von Andreas Iten im rechten Moment. Andreas Iten wählt für den dringend gewordenen Widerstand gegen den Zerfall der Politik einen originellen und neuartigen Ansatz. Er analysiert die Motive des politischen Handelns, zeigt, wie die Lust an der Politik wieder entdeckt werden kann. Er motiviert ganzheitlich denkende und empfindende Menschen, sich für die Sache der Öffentlichkeit zu engagieren. Er empfiehlt eine Ästhetik des Widerstandes, um gegen die Verspottung und Verhöhnung von Politikerinnen und Politikern vorzugehen. Andreas Iten ficht mit einer feinen Klinge. Dazu bietet das Buch des ehemaligen Zuger Ständerates eine interes-



Andreas Iten

sante Anleitung und Begründung.

Der Hintergrund Andreas Itens

Der Autor (geb. 1936) war Seminarlehrer für Psychologie und Pädagogik, Regierungsrat und Ständerat des Kantons Zug. Er ist u. a. Präsident der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie SAD, Präsident des Stiftungsrates des schweizerischen Medien-

zentrums MAZ, Luzern, und Personal-Ombudsmann der SBB. 1999 erschien von ihm im Werd-Verlag das Buch «Blochers Populismus und Widerspruch».

Zur Herausgeberin

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD) ist eine politisch und konfessionell neutrale gesamtschweizerische Vereinigung. Sie bekennt sich zu einem freien,

sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Sie informiert ihre Mitglieder und eine weitere Öffentlichkeit aus ganzheitlicher Sicht über staatspolitische Probleme, fördert das Gespräch zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit unterschiedlichen Auffassungen sowie die aufbauende Diskussion über die Aufgaben der Schweiz und ihre politische Zukunft.

Lust auf Politik, Umfang 112 Seiten. Format 16x22,5 cm. Preis Fr. 24.50. Herausgeberin: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie, Postfach 1030, 8034 Zürich, Tel. (01) 389 92 44, Fax 389 92 45. ISBN 3-85932-327-X.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTUNG:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ PRINT, Schlieren
E-Mail: print@nzz.ch

Einzelnnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

PRÉVERENGES ○ Klare Haltung Steineggers an der Delegiertenversammlung

Drei Säulen – Kein Populismus

Vor einem Jahr sind wir mit dem Motto «Sicherheit durch Erneuerung» zu den Wahlen angetreten. Es gab einige, welche diese Aussage nicht verstanden. Und es gab solche, die diese Aussage nicht verstehen wollten. Vor allem wenn man dem Status quo und dem blossen Weiter so verpflichtet ist, dies aber nicht offen sagen will, kann man mit Unverständnis reagieren.

Auch diejenigen hatten Mühe, welche lieber ausschliesslich in den Kategorien des kalten Krieges weiterkämpfen möchten und als Letzte alles im Rechtslinks-Schema einsortieren wollen. Jüngst hat nun der republikanische Präsidentschaftskandidat George W. Bush die Notwendigkeit der «Erneuerung» in den Mittelpunkt seiner Antrittsrede gestellt.

Erneuerung als Triebfeder

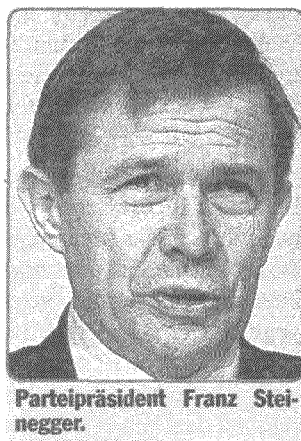
Ideen, Erneuerung, Hoffnung und Aufbruch sind entscheidende Triebfedern für den Fortschritt, die Wohlfahrt und die Freiheit.

In Zeiten des Umbruchs genügt es nicht, den Staat für alle Übel verantwortlich zu machen. Umso mehr wenn man stärkste Kraft einer bürgerlichen Mehrheit ist und die höchste Anzahl Vertreter in den Exekutiven von Bund, Kantonen und Gemeinden aufweist. Man muss schauen, dass der Staat das Richtige macht. Und man muss schauen, dass der Staat nur das macht, was der Staat machen kann und muss.

Wir haben in der zweiten Hälfte der vergangenen Legislatur gute Ergebnisse erzielt. Und wir haben im Winter 1999 gut begonnen.

Dies hat zur erfreulichen wirtschaftlichen Erholung und zur Reduktion der Arbeitslosigkeit massgebend beigetragen.

Wir müssen in guten Jahren die Schulden so abbauen, dass wir uns in schlechten Zeiten Defizite leisten können. Wir dürfen die Fehler von Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre nicht wiederholen. Um nicht in den alten Schlendrian zu verfallen, ist deshalb unsere Steuerstoppinitiative von grosser Bedeutung.



Parteipräsident Franz Steinegger.

Schuldenabbau hat erste Priorität

Für uns hat die Sanierung der Finanzen und der Schuldenabbau Priorität. Diese Meinung wird auch von Alan Greenspan und von der Europäischen Zentralbank vertreten. Wir sind aber auch der Meinung, dass ein Spielraum für gezielte Steuerreduktionen vorhanden ist, und begrüssen deshalb die Vorschläge von Bundesrat Kaspar Villiger.

Eine weitere zentrale Gefahr ist die Versuchung, die längerfristige Sicherung unserer Sozialwerke durch Realitätsverweigerung oder durch Egoismus in Frage zu stellen. Diese Realitätsverweigerung und der Betroffenenkultur nicht nur seitens unserer politischen Konkurrenten und Gegner, sondern von einem Teil der Medien darf uns aber nicht davon abhalten, die Probleme zu benennen und auch Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Politik heisst auch anfangen.

AHV-Populismus von links und rechts

Die Delegiertenversammlung vom August 97 in Zug hat dem Antrag des Bundesrates auf Einführung eines zusätzlichen Mehrwertsteu-

erprozentes – dieses ist im Januar 99 in Kraft getreten – zugestimmt. Allerdings wurde klar festgehalten, dass weitere Mehreinnahmen nur akzeptiert würden, wenn diese gleichzeitig mit sozialverträglichen Leistungskorrekturen kombiniert werden muss. Mit dieser Position haben wir auch die Wahlen 1999 bestritten. Wir haben damit zum Ausdruck gebracht, dass das Drehen an der Abgabenschraube nicht die einzige Idee in der Sozialpolitik sein kann.

Mit der Botschaft zur 11. AHV-Revision schlägt der Bundesrat vor, dass man ihm die Kompetenz zur Erhebung von weiteren 1,5 Mehrwertsteuerpunkten gebe. Unsere Partei hat aber bisher erklärt, dass weitere Steuerbelastungen für die Sozialwerke nur in Kombination mit Massnahmen auf der Leistungsseite akzeptiert würden. Und wenn man von Massnahmen auf der Leistungsseite redet, dann fallen nur das Rentenalter, die Leistungshöhe und der Leistungsumfang z.B. bei der Krankenversicherung in Betracht.

Keine Steuern auf Vorrat

Ich bin nun der Auffassung, dass angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung kein dringlicher Handlungsbedarf besteht und keine Mehrwertsteuern auf Vorrat

beschlossen werden sollten. Vielmehr ist ein Gesamtpaket mit Mehreinnahmen und Leistungsanpassungen zu diskutieren.

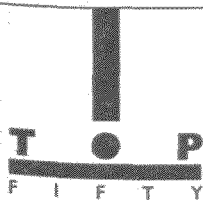
Man kann bei der Auswahl der Massnahmen auf der Leistungsseite kritisieren, vorschlagen und wieder kritisieren. Das Demographieproblem ist eines der am besten ausgeleuchteten Probleme. Hier kann man sich nicht mit Nichtwissen entschuldigen. Es gibt aber auch eine Verantwortung für die Kinder und Enkel. Unsere Kinder werden vermutlich die Mitte, unsere Enkel die Jahrzehnte des ausgehenden 21. Jahrhunderts erleben. Den dannzumaligen Altersaufbau kennen wir schon heute ziemlich genau. Wenn die Gesellschaft altert, wenn mehr Menschen lange gesund bleiben und gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitskräften anzieht, was ist dann zu tun? Wir haben beste Aussichten für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Schweiz. Der Engpass wird der Arbeitsmarkt sein. Dieses Problem kann man noch verstärken, indem man die Ausländer hinausjagt oder indem man die Lebensarbeitszeit verkürzt. Hier muss man Farbe bekennen.

Gesamtsicht

Unverantwortlich ist deshalb der Rentenpopulismus der Linken. Und unverantwortlich sind die Initiativen, über die wir dann im Herbst 2000 zu befinden haben.

Im Gegensatz zu gewissen Vorschlägen der SVP

FORTSETZUNG AUF SEITE 6



Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch

FORTSETZUNG VON SEITE 5

stehen wir klar zum Drei-Säulen-Modell für die schweizerische Alterssicherung. Wir sind nicht der Meinung, dass nun ausschliesslich über das Kapitaldeckungsverfahren Alterssicherung betrieben werden soll. Wir sind aber auch nicht der Meinung, dass die zweite Säule zugunsten der ersten Säule vernachlässigt werden soll. Wir haben 1997 in Zug die Auffassung vertreten, dass eine Gesamtsicht unter Einbezug aller drei Säulen notwendig ist.

Wider die Chaoten

Wir haben in früheren Jahren, wenn linke Chaoten Menschen und Sachen gefährdet und angegriffen haben, klar Stellung bezogen. Wir tun dies auch, wenn

rechte Chaoten Personen und Sachen bedrohen. Es gibt eben nicht nur linke Antibürgerlichkeit, sondern es gibt auch die Gefahren einer rechten Antibürgerlichkeit. Diese Gefahren werden nicht dadurch kleiner, dass Leute, die früher auf dem linken Auge blind waren, heute nun am lautesten nach Polizei, Richtern und Gesetzen rufen.

Umverteilungsinitiative in der Vorschau

Es gilt die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und allenfalls die Kompetenzen zur Vorfeldaufklärung etwas zu verstärken. Im Grundsatz ist aber unsere Demokratie schon wehrhaft genug, wir müssen uns nur wehren wollen. Die freiheitliche Zivilisation existiert nur durch die Bereitschaft freier

Menschen, sie täglich gegen die Angriffe ihrer Feinde zu verteidigen. Damit diese keine Phrase bleibt, darf es keine rechtsfreien Zonen geben. Es darf aber auch kein geistiges Territorium geben, wo Politiker zum Zwecke des Wahlerfolges am rechtsextremen Rand nippen und jede Abgrenzung vermissen lassen.

Trotz Anfeindungen von links und rechts haben wir auch immer die Meinungsäusserungsfreiheit hochgehalten. Dies erfordert gelegentlich eine schwierige Balance. Mit dem Rassismustitel befinden wir uns bereits auf dem hohen Seil. Die offene Gesellschaft darf im Abwehrkampf gegen Gewalttäter ihre eigene Rechtsstaatlichkeit nicht aushöhlen und bei der Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols

die Grenze zur Gesinnungskontrolle überschreiten.

Zur Meinungsäusserungsfreiheit gehört auch, dass Bürger, Bürgerinnen und Organisationen zur Umverteilungsinitiative Stellung nehmen können. Problematisch wird es, wenn Organisationen, welche öffentliche Gelder für Entwicklungshilfe erhalten, sich in die politische Debatte einschalten, um andere Ausgabenbereiche zu bekämpfen. Dies ist mit dem Engagement einiger Hilfswerke zugunsten der Umverteilungsinitiative erfolgt. Dass gleichzeitig auch noch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit bewusst oder fahrlässig mitgespielt hat, macht die Angelegenheit nur noch heikler.

Ich bin der Auffassung, dass sich die Hilfswerke

entscheiden müssen. Entweder sie verzichten auf die Subventionen des Bundes und setzen ihre eigenen Mittel in der Entwicklungshilfe ein, oder sie beanspruchen weiterhin öffentliche Gelder. Wenn sie aber weiterhin öffentliche Gelder im massgebenden Ausmass beanspruchen, dann sollen sie in der direkten politischen Auseinandersetzung Zurückhaltung üben. Es gibt eben auch einen etwas undurchsichtigen Entwicklungshilfe-Komplex. Hier braucht es mehr Transparenz. Auf jeden Fall sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Steuergelder durch Organisationen verwaltet werden, die politisch neutral sind.

Prinzip Zukunft Elektromobile

Mobil sein bedeutet frei sein.
Strom schont die Umwelt
und gibt deiner Freiheit eine
neue Qualität.



SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT
Der Draht mit Zukunft

www.strom.ch

SCHWEIZ ◉ Zur Abstimmung über die 18-Prozent-Initiative

Verständliches Unbehagen – Untaugliches Rezept

Die sogenannte Zuwanderungsinitiative will als Hauptziel in der Bundesverfassung verankern, dass der Ausländeranteil 18 Prozent der Wohnbevölkerung nicht übersteigt.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
VRENI SPOERRY,
HORGEN (ZH)

Mit einem eindrücklichen Resultat wurde im Mai dieses Jahres den bilateralen Verträgen zugestimmt, die auch die gegenseitige Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU enthalten. Jetzt müssen alle EU-Parlamente das Freizügigkeitsabkommen absegnen. Sollte die Schweiz während dieses Prozesses einer prozentualen Begrenzung der ausländischen Bevölkerung zustimmen, wäre die Ratifikation der Verträge in den EU-Mitgliedstaaten gefährdet. Die jahrelangen Bemühungen der Schweiz zum Abschluss dieser Verträge würden hinfällig.

Zwar behaupten die Initianten, ihr Begehren könnte ohne Verletzung der bilateralen Verträge erfüllt werden. Dies ist aber fraglich. Wenn wir nämlich neben dem zwingenden Völkerrecht auch die von uns freiwillig abgeschlossenen internationalen Verträge respektieren wollen, so wird der Spielraum zur geforderten Reduktion des Ausländeranteils sehr eng.

Notwendige Massnahmen

Jedes Jahr haben wir bei der ausländischen Bevölkerung

einen Geburtenüberschuss von rund 14 000 Kindern, die mit ihren Eltern hier bleiben dürfen. Des Weiteren haben schweizerische Staatsangehörige und Ausländer, die sich niedergelassen haben und einen ausländischen Partner heiraten, gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Anspruch darauf, ihre Gatten – allfällig zusammen mit minderjährigen Kindern – in die Schweiz zu nehmen.

Wenn wir darauf hinaus auch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU einhalten, so dürften die freiwilligen Abwanderungen die nicht beeinflussbare Zuwanderung im besten Fall mehr oder weniger kompensieren, kaum aber überkompensieren.

Einwanderungsstopp

Aus diesem Grunde müssten wir für die von der Initiative verlangte Reduktion der ausländischen Bevölkerung einen rigorosen Einwanderungsstopp bei den Nicht-EU-Ausländern erlassen. Das ist aber für den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährlich. Wir brauchen dringend bestimmte Spezialisten, weil wir hier und auch in der EU die notwendigen Qualifikationen nicht im genügenden Ausmass finden. Zwar wollen die Initianten qualifizierte Wissenschaftler und Führungskräfte bei der Berechnung der 18 Prozent ausnehmen. Dies setzt aber bei der Suche nach Spezialisten zu enge Grenzen.

Und sollte die limitierte Einwanderung nicht genügen, um die verfassungs-

mässig vorgegebene Reduktion zu erreichen und zu halten, bliebe uns nichts anderes übrig, als das Freizügigkeitsabkommen in Frage zu stellen. Auf solche Perspektiven dürfen wir uns

aber kurz nach dessen deutlicher Annahme nicht einlassen.

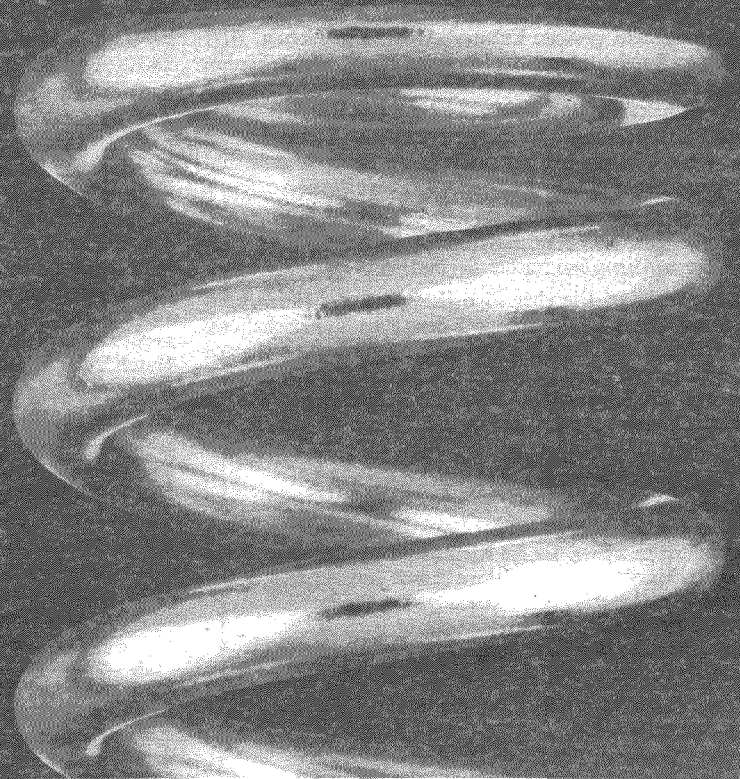
Die Alternative

Der am 5. Juli 2000 veröffentlichte Vernehmlass-

sungsentwurf des Bundesrates für ein neues Ausländergesetz verfolgt ebenfalls das notwendige Ziel einer Stabilisierung des Ausländeranteils in der Schweiz, aber nicht über eine starre Quote, sondern über eine restriktive, qualitativ orientierte Zulassungspolitik. Er enthält zudem neue Mittel zur besseren Bekämpfung von festgestellten Missbräuchen.

Dieser Weg ist konsequent zu beschreiten. Eine starre Quote dagegen ist abzulehnen. ■

FEDER FÜHREND



BAUMANN FEDERN AG

Postfach

CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

Adventsreise nach Weimar und Leipzig

G. F. Händel: «Der Messias» im Gewandhaus Leipzig

❖ Fakultative Ausflüge
nach Dresden
oder Halle

6 Tage gemäss
Programm

Fr. 795.-



IHR REISEPROGRAMM

WEIMAR war ein Zentrum der Aufklärung und die Wiege der deutschen Klassik. 1999 war es Kulturhauptstadt Europas und hat sich auf diesen Anlass hin aufs Beste herausgeputzt. Es ist unsere erste Station auf dieser stimmungsvollen Adventsreise in den Osten Deutschlands. LEIPZIG war schon im Mittelalter ein berühmter Handelsplatz. Es ist bis heute eine bedeutende Handelsmetropole mit einem grossen kulturellen Erbe geblieben. Hier lebten und arbeiteten beispielsweise Bach, Mendelssohn, Schumann und Wagner. Die heutigen Stadtorchester sind weltweit bekannt, und die Aufführung von Händels «Messias» im Gewandhaus ist Höhepunkt dieser Reise. Lassen Sie sich entführen ins kulturelle Herz Deutschlands und geniessen Sie nicht nur kulturelle Leckerbissen!

1. Tag: Schweiz-Weimar. Hinfahrt via St. Margrethen, Ulm, Feuchtwangen, Nürnberg, Bayreuth in die Goethe-Stadt Weimar. Zimmerbezug und Nachessen im Hotel.

2. Tag: Weimar. Die ehemalige Hauptstadt des Herzogtums Sachsen-Weimar ist der Inbegriff deutschen Kulturschaffens. Goethe, Bach, Herder, Liszt und andere lebten und arbeiteten wenigstens zeitweise hier. Auf einem geführten Stadtrundgang lernen Sie die Sehenswürdigkeiten und die Wirkungsstätten der Künstler kennen. Der Nachmittag steht Ihnen für individuelle Entdeckungen zur Verfügung.

3. Tag: Jena-Naumburg-Leipzig. Sterne und Advent gehören zusammen, und was liegt da näher, als sich im Carl-Zeiss-Planetarium in Jena den Lauf der Gestirne zeigen zu lassen? Am Nachmittag besuchen Sie die Kleinstadt Naumburg, wo Ihnen unter sachkundiger Führung der romanisch-gotische Dom St. Peter und St. Paul gezeigt wird, der weltberühmt ist für seine Skulpturen. Gegen Abend erreichen Sie Leipzig, wo Sie im zentral gelegenen Renaissance-Hotel Ihr Zimmer beziehen und das Nachessen einnehmen.

**4. Tag: Fakultatives Ausflugsprogramm
Dresden oder Halle.**

Ausflug Dresden: Fahrt nach Dresden, dem «Florenz des Nordens». Auf einer geführten Stadtrundfahrt lernen Sie die wichtigsten Sehenswürdigkeiten kennen. Anschliessend haben Sie freie Zeit, um z.B. den Striezelmarkt, den ältesten Weihnachtsmarkt überhaupt, zu besuchen. Am späteren Nachmittag Rückfahrt nach Leipzig.

Ausflug Halle: Kurze Fahrt nach Halle, das vor der deutschen Wiedervereinigung die Hauptstadt Sachsen-Anhalts war. Die Stadt gelangte durch Salzgewinnung schon früh zu Wohlstand. Auf einer geführten Stadt-

rundfahrt lernen Sie die Stadt näher kennen und besuchen auch das Haus des Komponisten Georg Friedrich Händel, dessen «Messias» Sie am folgenden Tag geniessen werden. Anschliessend haben Sie Zeit, die Stadt und ihren Weihnachtsmarkt auf eigene Faust zu entdecken. Am früheren Nachmittag Rückkehr nach Leipzig.

Abend für alle: Nachtessen im Auerbachs Keller. Speisen Sie dort, wo in Goethes Drama «Faust» die Szene spielt, in der Dr. Faust von Mephisto überlistet wird.

5. Tag: Leipzig - «Der Messias» im Gewandhaus.

Am Vormittag zeigen wir Ihnen auf einer geführten Stadtrundfahrt Leipzig, die zweitgrösste Stadt der ehemaligen DDR. Sie war 1989 Schauplatz der friedlichen Demonstrationen, die mit zum Fall der Mauer beitrugen. Sie sehen auch das Völkerschlacht-Denkmal, das an die Schlacht erinnert, bei der Napoleon 1813 von seinen Gegnern besiegt wurde. Der Nachmittag steht Ihnen zur Verfügung für individuelle Entdeckungen. **Am Abend erwarten wir Sie zum Höhepunkt: Unter der Leitung von Herbert Blomstedt spielen und singen Gewandhausorchester und -chor den «Messias» von Georg Friedrich Händel.**

6. Tag: Leipzig-Schweiz. Nach dem Frühstück fahren Sie via Bayreuth, Nürnberg, Ulm, Lindau zurück in die Schweiz.

IHRE HOTELS

Das InterCityHotel Weimar ist unter Beibehaltung der ursprünglichen Bausubstanz des Hotels Kaiserin Augusta mit gefühlvoller Restaurierung entstanden. Es liegt nur wenige Minuten vom historischen Stadtkern. 134 Zimmer davon 38 Nichtraucherzimmer, zeichnen sich aus durch zeitgemässen Komfort wie Kabel-TV, Hotelvideo, Selbstwahltelefon, Mini-bar, Dusche/WC/Fön.

Das Renaissance Leipzig Hotel liegt in unmittelbarer Nähe der Oper und dem Neuen Gewandhaus. Es hat 295 luxuriös und komfortabel eingerichtete Zimmer mit Selbstwahltelefon, Klimaanlage, Kabel-TV und Video. Entspannung bietet das moderne Fitness-Center mit Schwimmbad, Sauna, Solarium, Whirlpool und Fitnessgeräten.

Damit alle gut fahren, seit 1895.

TWERENBOLD

Buchungs-Tel. 056 484 84 84

Fislißbacherstrasse, 5406 Baden-Rüthof

KÖNIGS KLASSE

Diese Reise geniessen Sie auch
im TWERENBOLD-
KÖNIGSKLASSE-LUXUSBUS.

Preise pro Person	Fr.
6 Tage inkl. Halbpension	795.-
Einzelzimmerzuschlag	135.-
Zuschlag Königsklasse	180.-

Reisedaten 2000
05.12.-10.12. Dienstag-Sonntag

Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit modernem Fernreisebus
- 5 x Übernachtung/Frühstücksbuffet im Intercity-Hotel, Weimar bzw. Renaissance-Hotel in Leipzig
- Alle Zimmer mit Dusche/Bad und WC
- 4 x Halbpension im Hotel
- 1 x Nachtessen in Auerbachs Keller
- Konzertkarte Kat. 1 «Der Messias»
- Alle aufgeführten Ausflüge und Besichtigungen (ausg. fak. Ausflug Dresden bzw. Halle)
- Erfahrener Reisechauffeur

Nicht inbegriffen	Fr.
Ausflug Dresden (fakultativ)	40.-
Ausflug Halle (fakultativ)	45.-
Annulationschutz obligatorisch	20.-
Auftragspauschale pro Person	10.-

Abfahrtsorte	Fr.
06.45 Basel	
07.30 Aarau	
08.00 Baden-Rüthof	
08.30 Zürich	
09.00 Winterthur	
10.20 St. Gallen	

Für unsere Reise-Kunden
stehen in Baden-Rüthof
100 Gratis-Parkplätze
zur Verfügung



Privat Car Terminal

www.twerenbold.ch

KOLUMNE

Attraktiver Staat



Soll die Filmförderung des Bundes finanziell verstärkt werden? Ja. Es lassen sich eine Reihe von guten Gründen nennen. Für alle Lager.

Beispielsweise für jene Mitglieder der eidgenössischen Räte, die nie ins Kino gehen, selten ein Buch lesen, nie bewusst Musik hören und in der Kultur als Thema für Minderheiten keine Wahlhelferin sehen. Da wäre zu bedenken, dass es kaum einen Budgetposten gibt, von dem alle samstonsders profitieren, sondern lediglich Leistungen für eine Vielzahl kleinerer oder grösserer Minderheiten. Warum also die Minderheit der Kultur- und Filminteressierten ausschliessen? Sie wird gebildet aus wachen und kritischen Köpfen. Sie identifizieren sich mit der Kultur. Deshalb können sie sich auch mit einem Staat identifizieren, der die Kultur und mit ihr den Film generös unterstützt. Ein kultur- und filmfördernder Staat ist attraktiv. Er glaubt an die Zukunft.

Jenen Mitgliedern des Bundesparlaments, die den Film so weit kennen, um zu wissen, dass an die prosperierende USA-Produktion keine Subventionen bezahlt werden, ist zunächst zu

sagen: es stimmt. Allerdings trifft auch zu, dass Film und Politik in den Vereinigten Staaten eng miteinander verbunden sind. Die Politik ist stolz auf Hollywood. Wo der amerikanische Weltpolitist auftritt, war vorher schon der amerikanische Film da. Er wird politisch, moralisch und gesellschaftlich nach Kräften gestärkt. Bis Schweizer Politik und Schweizer Film zu dieser Symbiose gefunden haben, bedarf es halt ersatzweise der eidgenössischen Förderungsgelder. Derart schlecht ist diese Lösung nun auch wieder nicht.

Weshalb bloss, werden sich einige Parlamentsmitglieder fragen, sollen wir einer Kultur-gattung behilflich sein, die zur Linken neigt und den Staat mit Kritik eindeckt? Das war einmal. Leider. Der Schweizer Film ist zu brav geworden. Je höher der Brotkorb hängt, desto konformistischer werden die Filmschaffenden. Angepasste Filme sind nutzlos und langweilig. Wer sie fördern möchte, würde sie nicht sehen wollen. Staatliche Unterstützung muss der künstlerischen Freiheit dienen, phantasievoll sein, kreativ, querdenkerisch, spannend, gewagt. Das Land benötigt dringend innovative Energie. Eine ihrer wichtigen Quellen ist die Kultur.

Und welche Argumente sollen für jene Mitglieder der eidgenössischen Räte gelten, die der siebten Kunst ohnehin gewogen sind? Die es längst geniessen, dem Festival von Locarno auf der Piazza Grande einen Besuch abzustatten?

Die feststellen, dass der Schweizer Film vom Publikum unter dessen Qualitäten honoriert wird, aber auch davon Kenntnis genommen haben, dass das einheimische Filmschaffen im Ausland erst recht auf den Holzboden fällt?

Den cinephilen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sei empfohlen, mit ihrer für sie selbstverständlichen Zustimmung zur markanten Aufstockung der Filmförderung die Forderung zu verbinden, dass sich die Filmpolitik auf klare, fassbare und überprüfbare Ziele verpflichtet. Dass die Giesskanne als liebstes Förderinstrument nachhaltig entsorgt wird. Dass die Filmförderung nicht in den Begutachtungsgremien verfilzt, sondern in der Verantwortung von Persönlichkeiten liegt, die ideell zur Rechenschaft gezogen werden wollen. Filme schaffen bedingt das radikale persönliche Engagement, Filme fördern auch.

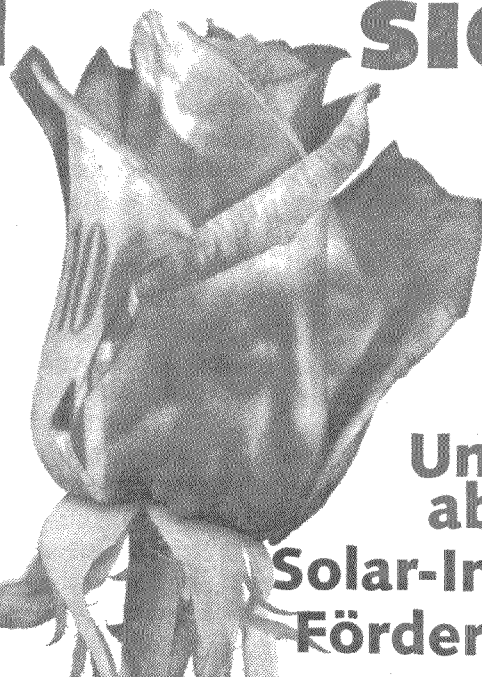
Parlament und Film schliessen einen «Pakt der Weitsicht». Er umfasst die Weitsicht in der Budgetierung und der Förderung. Dann kann der Schweizer Film leben. Und wir erleben etwas.

*Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes der Schweiz,
Zürich*

Umwelt schützen - Wohlstand sichern.

Durch Energieabgaben
Lohnsteuern senken!

Das gibt mehr Geld in die Tasche,
sichert Arbeitsplätze und Renten.
Und nützt der Umwelt.



Umwelt-
abgabe **JA**
Solar-Initiative **NEIN**
Förderabgabe **NEIN**

Schweizerisches Aktionskomitee für wirtschaftsfreundliche Energieabgaben
«Ja zur ökologischen Steuerreform» · Postfach 466 · 8027 Zürich.

Ständerätin Erika Forster-Vannini (FDP/St. Gallen); Nationalrat Rudolf
Imhof (CVP/Basel-Landschaft); Ständerat Samuel Schmid (SVP/Bern);
Ständerätin Christiane Langenberger (PRD/Vaud).

3x NEIN-STANDPUNKT  Zur Abstimmung über die Grundnorm

Weder ökologisch noch ökonomisch überzeugend

Das Gebot eines möglichst ökologieverträglichen Wirtschaftswachstums wird zu Recht von breiten Kreisen anerkannt. Diese Verpflichtung ist gerade in unserem Land mehr als nur ein Lippenbekenntnis geblieben. Der Energieverbrauch, gemessen an der Industrieproduktion, konnte seit den achtziger Jahren um über 20% gesenkt werden.

Der Anteil des CO₂-Ausstosses ist gemessen an der Wirtschaftskraft weit unterdurchschnittlich. Um diese führende Position auch in Zukunft sicherzustellen, hat unser Land als erstes weltweit ein CO₂-Gesetz in Kraft gesetzt, wonach der Schadstoffausstoss bis zum Jahr 2010 gegenüber 1990 um 10 Prozent gesenkt werden soll.

Eigenverantwortung

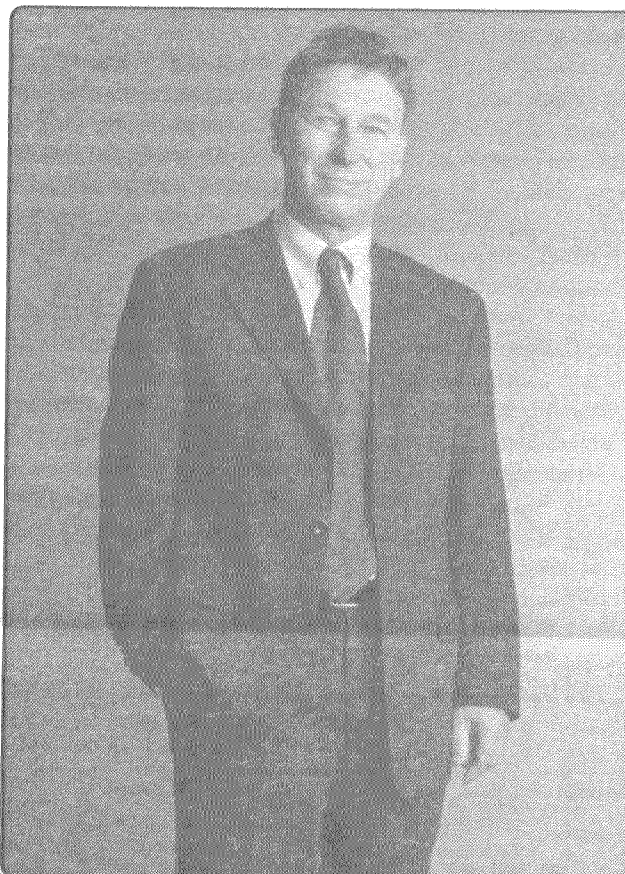
Mit dem CO₂-Gesetz verpflichtet sich die Wirtschaft mittels freiwilliger Massnahmen, die Reduktionsziele zu erreichen. Sollten die anvisierten Werte nicht erreichbar sein, so kann ab 2004 eine Abgabe auf fossilen Brenn- und Treibstoffen erhoben werden. Diesem freiheitlichen und den technischen Fortschritt forcierenden Gesetz kommt ein

eigentlicher Pilotcharakter zu. Wissenschaft und Wirtschaft bleiben herausgefordert.

Ausgehend vom gemeinsamen Nenner eines sparsamen und umweltgerechten Energieeinsatzes muss über den Weg der Zielerreichung sachlich diskutiert werden können. Die Abstimmungsvorlagen – und dazu gehört auch die Grundnorm – müssen sich vielmehr an der zentralen Frage messen lassen: «Braucht es zum jetzigen Zeitpunkt nebst dem CO₂-Gesetz überhaupt eine weitere Energieabgabe?» Ich bin der Auffassung, dass die absehbaren Resultate dieser Grundnorm keine Rechtfertigung dazu sind, vor den Erfahrungen mit dem CO₂-Gesetz und weiteren technischen Entwicklungen zusätzliches Verfassungsrecht mit neuen Abgaben zu erlassen.

Zu hohe Erwartungen

Eine Analyse macht jedoch deutlich, dass diese Verlagerung von den direkten zu den indirekten Abgaben mit dem Instrument der Mehrwertsteuer angepeilt werden müsste. Es kommt dazu, dass in den Diskussionen weit übertriebene Erwartungen bezüglich der Senkung der Lohnnebenkosten bestehen.



Nationalrat Gerold Bühler

(Bild: senn & stahl)

Die Grundnorm ist auch bezüglich der Steuergerichtigkeit und den verzerrenden Wirkungen problematisch. Bekanntlich ist vorgesehen, dass energieintensive Betriebe von der Steuer ausgenommen werden können. Ein Hickhack um solche Ausnahmen ist vorprogrammiert und dürfte alles andere als der Verlässlichkeit und Steuergerechtigkeit dienlich sein. Es kommt dazu, dass durch die Rückerstattung auf den Lohnprozenten Umverteilungen entlang der Einkommensstruktur und Wettbewerbsverzerrungen bei den Unternehmen eintreten werden. Bei einem Teil der Bevölkerung wird die Energieverteuerung de

facto als Steuer hängen bleiben.

Randgebiete

Die Bevölkerung der mit öffentlichen Verkehrsmitteln weniger gut erschliessbaren Gebiete wird durch die Verteuerung der Energie überdurchschnittlich getroffen. Es erstaunt daher, wie seitens einiger Exekutiven aus Gebirgskantonen die Rechnung zugunsten all dieser Vorlagen gemacht wird. Die Wasserkraft wird nämlich so oder so eine gesicherte Zukunft haben. Schliesslich wird ein weiteres Postulat von Wirtschaft und bürgerlichen Parteien, nämlich die Aussenhandelsneutralität, im Gegensatz zum System der Mehr-

wertsteuer nicht gewährleistet. Es entsteht eine neue Schattensteuer. Damit wird aber der Exportorientiertheit unserer Volkswirtschaft nicht Genüge getan.

Emissionen besteuern

Zusätzlich wird auch bei der Grundnorm durch die Bemessung der Abgabe beim Energieverbrauch statt bei den Emissionen den technologischen Innovationen für eine Reduktion der Schadstoffe nicht Rechnung getragen. Mehr noch: Technische Anstrengungen zur Reduktion der Emissionen werden nicht einmal belohnt.

Gut gemeint

Bei allem Respekt vor den guten Absichten liegt auch die Grundnorm alles andere als in unseren nationalen Interessen. Das CO₂-Gesetz und damit ein den technischen Fortschritt begünstigendes Konzept stellt eine eindeutig bessere Variante dar. Auch berechnete Umweltziele müssen entlang eines vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses angestrebt werden. Dazu kommt, dass mit einem Ja da und dort unser Wille zur Senkung der Abgabenlast hinterfragt werden könnte. Im Sinne von Montesquieu gehört es zu unserem freisinnigen Credo, mit der Schaffung neuer Gesetze zurückhaltend umzugehen. Als politische Kraft, die auf Freiheit und Verantwortung baut, müssen wir dem Zeitgeist zum Trotz jetzt Nein sagen. Ein Nein aus Verantwortung zugunsten einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Ein Nein, das mit der Verpflichtung zum CO₂-Gesetz zu einem zukunfts-trächtigen Brückenbau zwischen Volkswirtschaft und Ökologie Ja sagt.

Ob Rasen, Blumen oder Bäume, Spross schafft neue Landschaftsräume. Er schneidet, säet und hegt und pflegt, dass Freude sich beim Kunden regt.

Über 100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Spross

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 82 62

DIE GRUNDNORM ○ FDP und die Idee der ökologischen Steuerreform

Energielenkungsabgabe zum Schutze der Umwelt

Die FDP-Delegierten haben sich 1997 ein erstes Mal mit der ökologischen Steuerreform befasst und beschlossen: «Bis zum Jahre 2005 fordern wir eine generelle Reduktion der finanziellen Belastung der Arbeit. Dafür soll, in gleichem Masse wie die Reduktion der Steuern auf Arbeit erfolgt, der Ressourcenverbrauch fiskalisch stärker belastet werden.»

Im Oktober desselben Jahres wurde diese Forderung an einer Energietagung untermauert.

Dies im Wissen um die Botschaft über das CO₂-Gesetz. Die FDP reagierte wohl aber auch deshalb, weil eine Vielzahl von Initiativen und politische Vorstösse mit umweltpolitischen Elementen vermuten liessen, dass nicht nur breite Teile unserer Bevölkerung, sondern auch immer mehr FDP-Mitglieder in Fragen des Verbrauchs endlicher Ressourcen eine hohe Sensibilität aufweisen. Im Herbst 1997 wurde eine von den FDP-Ratsmitgliedern Dorle Vallender und Andreas Iten in beiden Räten eingereichte Motion gutgeheissen.

Energie- und Umweltpolitik

Vorerst ist festzuhalten, dass es sich bei diesem Verfassungsartikel um einen künftigen Bestandteil der Energie- und Umweltpolitik handelt. Es geht also nicht um Sozial- oder Fi-



Ständerätin Erika Forster, St. Gallen.

nanzpolitik. Die Grundnorm ist aufkommensneutral und steht für Subventionen nicht zur Verfügung. Sie ist deshalb keine neue Steuer zur Erfüllung irgendwelcher Staatsaufgaben.

Neuland betreten

Mit dem Verfassungsartikel betreten wir in der schweizerischen Umweltpolitik zugegebenermassen Neuland. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Natur und ihre Bodenschätze, welche die Menschheit zunehmend im Übermass nutzen, vermehrt in das Preisystem der Wirtschaft einbezogen werden sollen.

Der Zusammenhang mit dem CO₂-Gesetz

Wichtig ist vor allem der Zusammenhang mit dem CO₂-Gesetz, welches von den Gegnern der Umweltabgabe nicht nur als Ei des Kolumbus, sondern auch als genügendes Mittel zur Erfüllung unserer umweltpolitischen Ziele und der internationalen Verpflichtungen dargestellt wird. Diese Behauptung hält aber einer näheren Prüfung nicht stand. Das CO₂-Gesetz berücksichtigt

die Kernkraft nicht. Damit wird die Wasserkraft, welche 60% der Produktion von Elektrizität ausmacht, indirekt benachteiligt, ein energiepolitischer Mangel, welcher mit jeglicher Garantie, sei es im Rahmen des EMG oder anderswo, korrigiert werden wird, wenn wir es beim CO₂-Gesetz bewenden lassen. Sie kennen die Anliegen der Gebirgskantone und all jener Kreise, welche primär die Wasserkraft fördern möchten. Mit der Umweltabgabe können wir die Kernkraft relativ verteuern, ohne dass wir deswegen die Vorteile des EMG preisgeben müssen. Massgebend für die Einführung und die Ausgestaltung – wie auch allenfalls für die Aufhebung – der CO₂-Abgabe ist das Erreichen eines Reduktionsziels (–10% gegenüber 1990).

Anders bei der Umweltabgabe. Hier muss bei der Annahme eine Belastung der nicht erneuerbaren Energieträger eingeführt werden. Der Gesetzgeber hätte aber

- erstens die Umweltabgabe gestaffelt einzuführen;
- zweitens eine Differenzierung nach Energieträgern vorzunehmen und
- drittens auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.

Keine Energieinsel

Damit ist klar: Die Schweiz kann nicht zur teuren Energieinsel werden. Die Abstimmung mit dem Ausland ist bei allen Energieträgern sowohl nach CO₂-Gesetz als auch nach Umweltabgabe nötig. Der entspre-

chende Verfassungstext, wie auch der Text gemäss CO₂-Gesetz sind hier klar und lassen keine andere Interpretation zu.

Nicht gegen die Wirtschaft

Eingeräumt werden muss hingegen, dass es im Einzelfall in der Wirtschaft zu Verzerrungen kommen kann. Auch haben wir im Parlament bewusst die volle Rückerstattung an die Wirtschaft (Arbeitgeber und Erwerbstätige) beschlossen.

Politische Würdigung

In einer politischen Würdigung aus FDP-Sicht muss die Grundnorm gut abschneiden:

■ Sie steht mit früheren Beschlüssen dieser Versammlung im Einklang. Es steht unserer Partei gut an, Konsequenz an den Tag zu legen und nicht den populärpolitischen und zum Teil falschen – weil die Zusammenhänge nicht berücksichtigenden – Argumenten der wf einfach aus politischer Opportunität zu folgen.

■ Die FDP ist einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik verpflichtet. Die Aussage allein, dass wir bereits Weltmeister in umweltpolitischen Dingen sind, entbindet angesichts der Absehbarkeit von in Tausenden von Jahren entstandenen nicht erneuerbaren Energien nicht von weiteren kleinen Schritten, sondern verpflichtet geradezu dazu.

■ Die liberale Forderung der Staatsquotenneutralität der Abgabe ist unbestrittenweise gegeben.

■ Das Instrument genügt den marktwirtschaftlichen Anforderungen.

■ Die alte FDP-Forderung der Reduktion der Lohnnebenkosten wird erfüllt.

■ Der Rückerstattungsmodus ist klar und einfach und entspricht der Forderung der Vollzugökonomie.

■ Den Besonderheiten der schweizerischen Wirtschaft und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes, einzelner Wirtschaftszweige und Unternehmen ist Rechnung getragen.

■ Angesichts der verfassungsmässigen Leitplanken der Grundnorm und der notwendigen Abstimmung mit dem CO₂-Gesetz wird die Abgabe moderat ausfallen müssen.

■ Zur gesetzlichen Ausgestaltung der Norm wird der Souverän über den Weg des fakultativen Referendums wieder Stellung beziehen können.

■ Die ökologische Steuerreform liegt schliesslich auch auf der Linie der künftigen Finanzordnung. Es gibt keinen Grund, diesen Schritt nicht schon jetzt vorzubereiten.

Die Energiediskussion wird weitergehen

Abschliessend möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass noch eine weitere Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» zur Behandlung ansteht. Sie ist aber – im Unterschied zur Umweltabgabe – ein Multipack, weil mit ihr neben dem Element einer ökologischen Steuerreform auch die Finanzierung der Senkung des AHV-Alters erfolgen soll. Nehmen wir die Umweltabgabe an, so ist diese Initiative mit grosser Wahrscheinlichkeit vom Tisch, lehnen wir sie ab, haben wir es auch dort möglicherweise bald einmal mit einem Gegenvorschlag zu tun, welcher wieder ähnliche Elemente wie die Grundnorm enthält.

Nein zur Rosinenpickerei

Das Komitee «Nein zur Rosinenpicker-Demokratie» bekämpft die Initiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag» (sog. konstruktives Referendum), die am 24. September 2000 zur Abstimmung gelangt. Das gegründete Aktionskomitee mit bisher rund 80 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus FDP, CVP und LPS kämpft für die Ablehnung dieser destruktiven Initiative mit dem irreführenden Titel.

Das Komitee bekämpft diese Initiative, weil sie

- Vertretern von Partikularinteressen (Referendumskomitees) zu viel Macht geben würde: Von der Parlamentsmehrheit entschiedene, ausgewogene Lösungen könnten beliebig zerpfückt werden. Das wäre Rosinenpickerei;
- Bundesrat und Parlament mit 50 000 Unterschriften auf Gesetzesebene gänzlich aushebeln könnte: Dies wäre ein

unzumutbarer Eingriff in die bewährte schweizerische Kompetenzordnung;

- einen Zwitter aus Initiative und Referendum schaffen würde: Das ist fragwürdig, weil die heutige Initiative höhere Hürden zu überspringen hat als das Referendum;
- unter dem Deckmantel des konstruktiven Referendums die Gesetzesinitiative einführen will: Damit würde das Zweikammersystem ausgehebelt und das heute für Initiativen notwendige Ständemehr auf fragwürdige Weise umgangen;
- die Abstimmungsvorlagen unnötig komplizieren würde. Zur gleichen Hauptfrage wären meist wohl mehrere Gegenvorschläge zu beantworten. Diese Multiplikation von Fragen führt zur Multiple-choice-Demokratie und wertet die Volksrechte ab.

Aus all diesen Gründen muss die Vorlage als destruktives und nicht als konstruktives Referendum bezeichnet werden. Am 24. September 2000: Nein zur Rosinenpicker-Demokratie! ■

Starre Prozente
sind schlechte
Argumente!

NEIN

Zur
Quoten-Politik

deutsch français

www.fdp.ch

willkommen

Besuchen Sie unsere neue homepage!

bei der Freisinnig-Demokratischen Partei Schweiz / le Parti Radical-Démocratique

FDP  PRD 

Komitee
«NEIN zur starren
18%-Initiative» am 24. Sept. 2000
www.eigengoaal.ch

Hans Erni – seine neusten Original-Lithographien

FDP-Leserangebot

«Die Sinnlichkeit erleben»

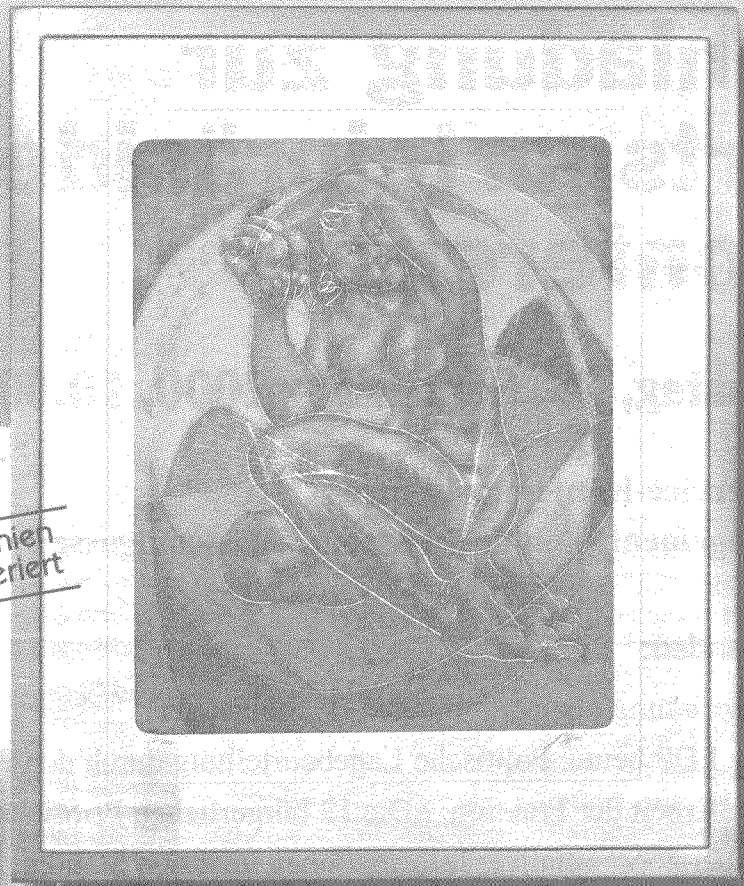
Im Wohlgefühl und Blick in die Vielfalt titelte Hans Erni bezeichnenderweise seine beiden neusten Original-Lithographien. Jedes dieser Kunstwerke ist im Stein vom Künstler datiert (7. resp. 9.2.2000), handsigniert und persönlich nummeriert. In limitierter Auflage von nur je 150 Exemplaren auf Rives-Bütten, mit Zertifikat. Blattformat 76 x 56 cm

Subskriptionspreis für FDP-LeserInnen je Lithographie Fr. 3000.– statt später Fr. 3300.–

Auf Wunsch gerahmt, in echt Weissgoldrahmen, in reiner Handarbeit hergestellt und über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnittpassepartout. Format gerahmt 81 x 68 cm

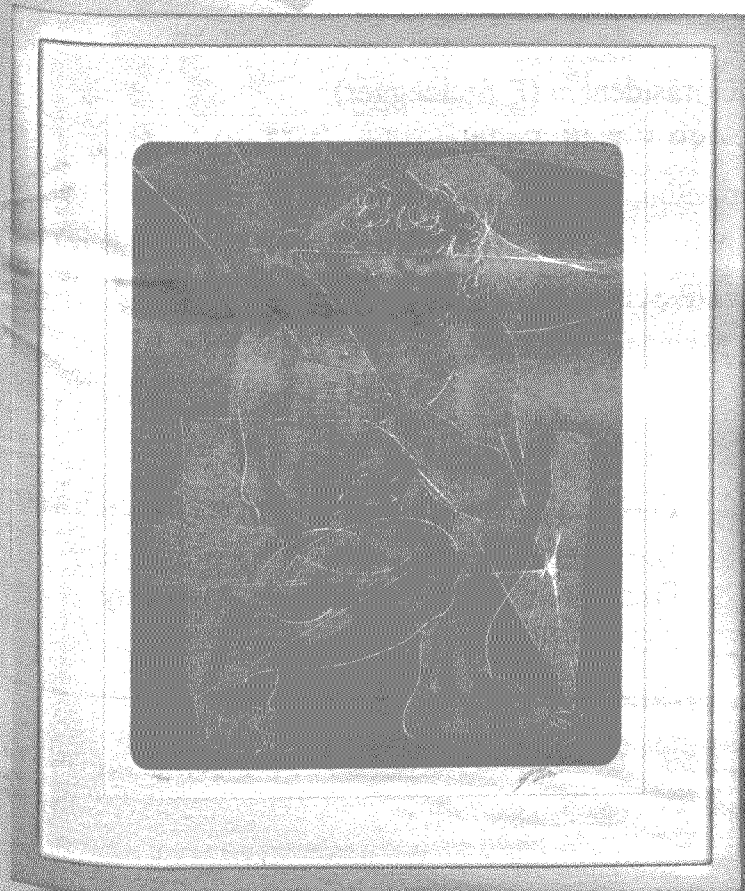
Subskriptionspreis für FDP-LeserInnen je gerahmte Lithographie Fr. 3550.– statt später Fr. 3850.–

Beide Original-Lithographien handsigniert und nummeriert



Hans Erni – Im Wohlgefühl

Beide Original-Lithographien zusammen angelehnt Fr. 5700.– statt Fr. 6000.–
in echt Weissgoldrahmen Fr. 6800.– statt Fr. 7100.–



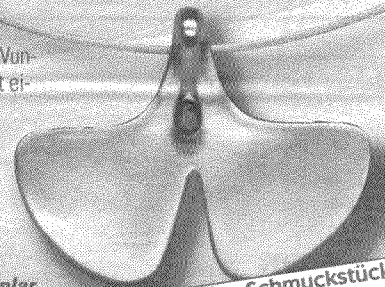
Hans Erni – Blick in die Vielfalt

«Der Mensch als Erfinder der Zukunft»

Ginkgo – der Urvater der Bäume

Paul Wunderlich – Ginkgo-Collier
vom berühmten deutschen Künstler Paul Wunderlich: Collier in Massiv-Sterlingsilber mit einem tiefblauen Saphir in Silberfassung. Halsreif mit Bajonettverschluss. Breite des Anhängers 4,5 cm. Durchmesser des Reifs 13 cm. Jedes Exemplar ist nummeriert und vom Künstler signiert.

FDP-Vorzugspreis Fr. 490.–
Jeder Bestellung legen wir ein Exemplar des Buches «Goethe und der Ginkgo» bei.



Jedes Schmuckstück mit einem echten Saphir

Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

- Hans Erni – Blick in die Vielfalt
 - In echt Weissgoldrahmen
- Hans Erni – Im Wohlgefühl
 - In echt Weissgoldrahmen
- beide Original-Lithographien zusammen
- beide Original-Lithographien gerahmt
- Paul Wunderlich – Ginkgo-Collier

Fr. 3000.–
Fr. 3550.–
Fr. 3000.–
Fr. 3550.–
Fr. 5700.–
Fr. 6800.–
Fr. 490.–

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir Ihren Kunst Katalog.

Name _____ Vorname _____
 Str./Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon P: _____ Telefon G: _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an: «FDP» Artefides, Haldenstrasse 47, CH-6006 Luzern, via
 Fax 041-417 20 51 oder Tel.: 041-417 20 50

Einladung zur Ortsparteipräsidenten- Konferenz

Samstag, 23. September 2000, 10.00 – ca. 12.00 Uhr, anschl. Apéro

SV-Service-Konferenz-Zentrum

Managementgebäude Swisscom, Swisscomgasse 2, 4600 Olten

Traktanden:

1. Begrüssung und Mitteilungen (F. Steinegger)
2. Die FDP heute: Politische Lagebeurteilung durch den Parteipräsidenten (F. Steinegger)
3. Die Arbeit der Fraktion: «Die 12 bürgerlichen Prioritäten» (NR F. Pelli, Fraktionsvizepräsident)
4. Steuerstoppinitiative: Informationen über den Stand der Arbeiten, weiteres Vorgehen (NR G. Bühler)
5. E-Politics: Neue Kommunikationsmittel für die politische Arbeit (G. Schommer, Pressechef FDP Schweiz)
6. Das Ausbildungsangebot der FDP Schweiz (S. Costa, GS FDP Schweiz)
7. Wahlen 2003: Information über den Stand der Arbeiten (J. Matyassy, Generalsekretär FDP Schweiz)
8. Varia

Mit freundlichen Grüssen

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Der Präsident: Franz Steinegger,
Nationalrat

Der Generalsekretär:
Johannes Matyassy

VORANZEIGE

FDP-Academy

Datum: Freitag, 24. November 2000 14.30–21.45 Uhr
Samstag, 25. November 8.30–15.00 Uhr

Austragungsort: Design Center, Alte Mühle, Langenthal

Themen

- Politische Schwerpunkte der FDP Schweiz
- Unsere Schweiz 1999–2007, 12 bürgerliche Ziele
- So gewinnt man Wahlen:
– Anleitung zum Erfolg
- Entwicklung eines eigenen Persönlichkeitsprofils

Tagungsziel: «Fit für die Wahlen»

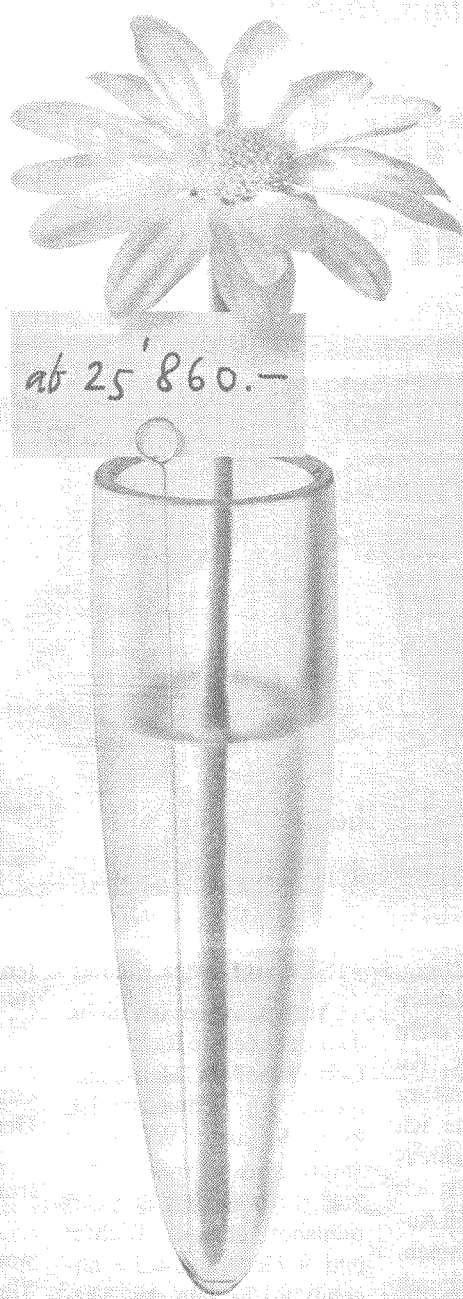
TERMINE

September

- | | |
|-------|--|
| 1. | Von-Wattenwyl-Gespräche |
| 8./9. | Vorsessionale Fraktionssitzung |
| 18. | Groupe Latin |
| 21. | Geschäftsleitung/regionale Sekretärenkonferenz |
| 23. | Ortsparteipräsidentenkonferenz |
| 24. | Eidg. Abstimmung |

Oktober

- | | |
|-----|--|
| 17. | Presseverband |
| 20. | Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz |
| 21. | Delegiertenrat/
a. o. Delegiertenversammlung (GL) |



inkl. Auto.

• Zugegeben, für sich allein wäre es eine teure Vase. Aber irgendwo mussten wir ja anfangen bei der Aufzählung der Ausstattung, die der New Beetle serienmässig zu bieten hat. Wir hätten Ihnen auch Klimaanlage, ABS oder das elektronische Stabilitätsprogramm ESP zeigen können, was sicher weniger dekorativ gewesen wäre. Oder die Fahrer-, Beifahrer- und Seitenairbags, womit wir wohl den Rahmen des

Inserats gesprengt hätten. Die elektronische Zentralverriegelung, das Wärmeschutzglas und die elektrisch einstell- und beheizbaren Seitenspiegel befand der Grafiker für nicht visualisierbar. Und das serienmässig eingebaute Radio/Tonband hätten wir bei der Bildauswahl schlichtweg vergessen.

Aber das sollte bei einer derart reichen Grundausstattung zu verzeihen sein.

Der New Beetle



REISEBERICHT von Kathrin Mathys, Huttwil

«Grossunternehmen EU Strassburg»

Vor kurzem durfte ich für meine Auftraggeberin «Frauenhof-Info Europa» eine Reise für Mitglieder organisieren. Ziel der Reise war, engagierten Frauen aus Politik und Wirtschaft der deutschen Schweiz Einblick in die Arbeit des Europarates, des Europaparlamentes und des Gerichtshofes für Menschenrechte zu gewähren.

«Frauen-Info Europa» ist ein Projekt von Frauen für Frauen. Eines ihrer Ziele lautet, Frauen, die an der Zukunft der Schweiz interessiert sind, umfassend über die bilateralen Verträge zu informieren. Zudem will das Projekt erprobte Kanäle und das bestehende Netzwerk der Schweizer Frauen nutzen, weiter ausbauen und so Synergien schaffen. Die Erfahrung zeigt, dass politisch und wirtschaftlich gut informierte, dokumentierte und vernetzte Frauen ein starkes persönliches Engagement und grosse Eigeninitiative entwickeln.



Im Rahmen dieses Projektes war mein Auftrag, eine Reise nach Strassburg zu organisieren. Eine nicht ganz leichte Aufgabe. An diesen «Koloss Strassburg oder Brüssel» komme ich allein nicht heran. Das realisierte ich schnell, als ich dorthin reiste, um einen Augenschein zu nehmen. Diese Reise empfehle ich übrigens jeder Schweizerin und jedem Schweizer.

Der erste Eindruck sind imposante, architektonisch einmalige Gebäude aus Glas, Stahl und Beton. Mein Problem war, wie komme ich da mit einer Gruppe wissensdurstiger Frauen hinein. Die Türen öffnete mir Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann. Dieser Schweizer geht in Strassburg und Brüssel ein und aus, als wäre es das Bundeshaus in Bern. Das Erste, was die Reisegruppe engagierter Politikerinnen der deutschen Schweiz lernte, war, dass Europa nicht auf die Schweiz angewiesen ist. Doch für die Schweiz, die zwei Drittel ihres Exportes

über Europaländer abwickelt, ist Europa wichtig.

Vorher wusste ich nicht, dass der höchste Richter am Gerichtshof für Menschenrechte ein Schweizer ist. Prof. Dr. Luzius Wildhaber empfing uns im imposanten Saal. Er präsidiert den Gerichtshof, dem 15 Richter und 9 Generalanwälte angehören, die von den Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für eine Amtszeit von 6 Jahren ernannt werden. Luzius Wildhaber ist eine grossartige Persönlichkeit. Seine Bescheidenheit hat uns alle sehr beeindruckt. Hier also kommen jene Menschen hin, die ihrer Ansicht nach in ihrem eigenen Land ungerecht verurteilt wurden. Für Menschen aus Rechtsstaaten wie der Schweiz muss ein Bundesgerichtsurteil vorliegen. Klägerinnen und Kläger aus Staaten ohne Rechtssystem können direkt vorsprechen. Sie können zudem die Verhandlungssprache bestimmen. Die vielen Simultanübersetzungszimmer zeugen

von grossem Leistungspotenzial. Natürlich liegt es dann am betreffenden Land, dass das Urteil auch befolgt wird. Das ist nicht immer einfach. Doch die Arme des Gerichtshofes reichen weit, und niemand kann der Kontrolle entfliehen.

Ebenso eindrücklich war die Teilnahme an einer Sitzung des Europäischen Parlamentes. 626 Abgeordnete debattierten. Sie kommen aus den Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, England, Spanien, Niederlande, Belgien und Luxemburg. Die Grösse des Landes bestimmt die Anzahl Abgeordneter. Deutschland wird von 99 und Luxemburg von

6 Personen vertreten. Das Parlament wird streng geführt. Eine Uhr zeigt immer an, wie viele Minuten Redezeit ein Abgeordneter hat. Sobald die Zeit abgelaufen ist, verstummt das Mikrophon. Nur geübten Rednerinnen und Rednern gelingt das. Das Europäische Parlament vertritt 370 Millionen Bürgerinnen und Bürger und ist das grösste multinationale Parlament der Welt. Im Europarat tagen die Minister der 15 Mitgliedstaaten. Eine auf der Welt einmalige Institution. Im Rat tagend, erlassen die Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften für die Union, setzen politische Ziele, koordinieren ihre nationalen Politiken und regeln Konflikte untereinander und zwischen ihnen und anderen Institutionen. Leider fand an diesem Tag keine Sitzung statt. Aber der Augenschein vor Ort war trotzdem ein Erlebnis.

Entschädigt wurden wir durch persönliche Interviews mit Abgeordneten. Eine enorme Arbeit wird da geleistet. Wir trafen noch einen Schweizer: Hans Peter Furrer, Generaldirektor des Generalsekretariates des Europarates. Durchwegs alle Gespräche zeigten hohes menschliches Verantwortungsgefühl. Nicht Business, nein Menschlichkeit ist oberstes Gebot in Europa. Es war für mich wie eingangs erwähnt das «Spüren» des Betriebes. Ich traf Menschen, nicht Maschinen – das hat die ganze Gruppe und mich sehr beeindruckt und zusehends gestimmt.

**Samstag,
16. September 2000**

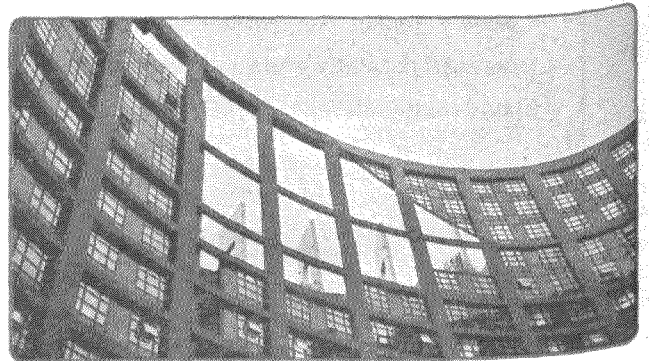
**Jahrestagung
FDP-Frauen CH
in Zürich zum Thema:**

**Gesundheit – zu
welchem Preis?**

Möglichkeiten, Grenzen
und Ethik der Medizin.

9.30 bis 15.30 Uhr

Zunftthaus
zur Zimmerleuten
Limmatquai 40
8001 Zürich



WETTBEWERB  Am Rande der DV

Was antwortet Christiane Langenberger Johannes Matyassy?

Am Rande einer letzten Delegiertenversammlung zeigte der Zeigefinger von Generalsekretär Johannes Matyassy an, dass er von der Waadtländer Ständerätin Christiane Langenberger eine präzise Antwort haben möchte.

rus. Zu gewinnen gibt's im «Freisinn»-Wettbewerb ein Foulard und ein FDP-Portefeuille für die originellsten Antworten. Bitte senden Sie uns Ihre witzigen Vorschläge bis zum 15. September 2000.

Talon

Christiane Langenberger gibt Johannes Matyassy folgende Antwort:

Name/Vorname:

Str./Nr.

PLZ/Ort:

Talon ausschneiden, einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, «Freisinn»-Wettbewerb, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch



JUNGFREISINNIGE  Ja zur Grundnorm und Nein zur Solarinitiative und Förderabgabe

Quoten sind nicht die Lösung

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) haben am Samstag, 12. 8. 2000, an ihrem Delegiertenrat in Zürich die Parolen für die eidgenössische Abstimmung vom 24. September 2000 gefasst.

Dabei haben sich die Jungfreisinnigen klar für die Umweltabgabe (Grundnorm) und gegen die Solarinitiative sowie den Gegenschluss der Räte (Förderabgabe) ausgesprochen. Die Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung wurde einstimmig abgelehnt. Weiter wurde der Initiative für ein konstruktives

Referendum eine äusserst deutliche Absage erteilt.

Ja zur Grundnorm

Mit klarem Mehr befürworten die JF Schweiz die vorgeschlagene Umweltabgabe, welche eine Abgabe auf die nicht erneuerbaren Energien darstellt, denn der Ertrag fliesst durch einen Abzug bei den Lohnnebenkosten vollumfänglich wieder an die Wirtschaft und die Arbeitnehmer zurück. Der Grund für die Ja-Parole ist der, dass diese Abgabe staatsquotenneutral ist, weil gleichzeitig weniger AHV-Beiträge bezahlt werden müssen. Die Solarinitiative sowie der Gegenschluss des Parlaments werden von den Jungfreisinnigen klar

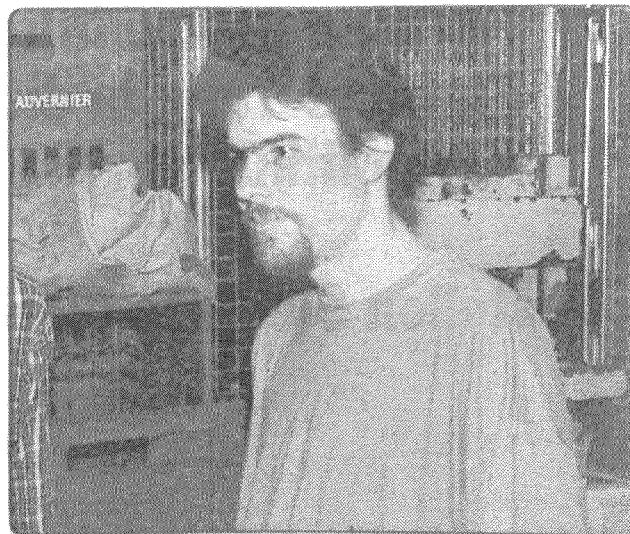
abgelehnt, weil es sich dabei um neue Subventionen handelt.

Integration verbessern

Die Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung wurde darum einstimmig abgelehnt, weil sie in krasser Weise wirtschaftsfeindlich ist und Quoten niemals eine Lösung sein können. Es ist viel mehr so, dass die Integration der Ausländer verbessert werden muss.

Wider Rosinenpicker

Die Einführung eines konstruktiven Referendums ist darum abzulehnen, da Rosinenpickerei verantwortungslos ist und kohärente Lösungen verhindert.



Bernhard Schürch

Für weitere Informationen
Bernhard Schürch,
Präsident
der JF Schweiz

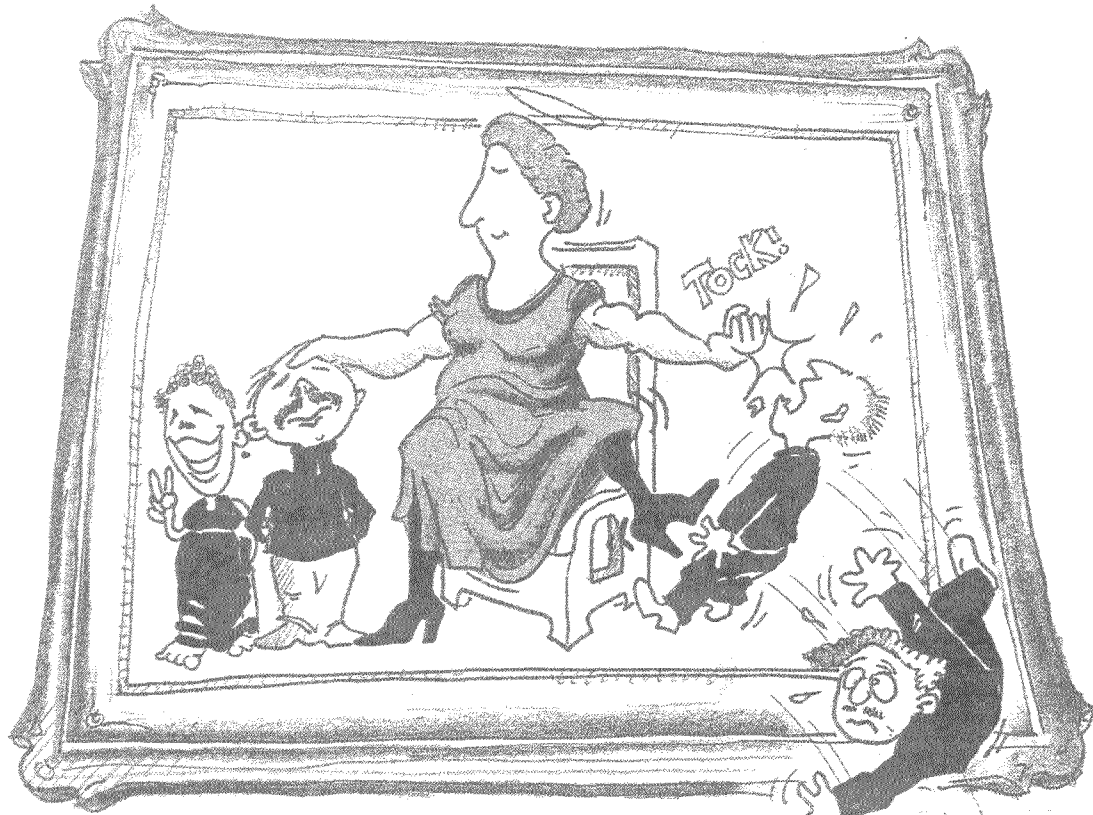
Tel. und Fax:
(022) 793 22 73
Natel: (079) 613 25 15
E-Mail: bernhard.schurch@jungfreisinnige.ch

Materialshop

Nach wie vor lieferbar

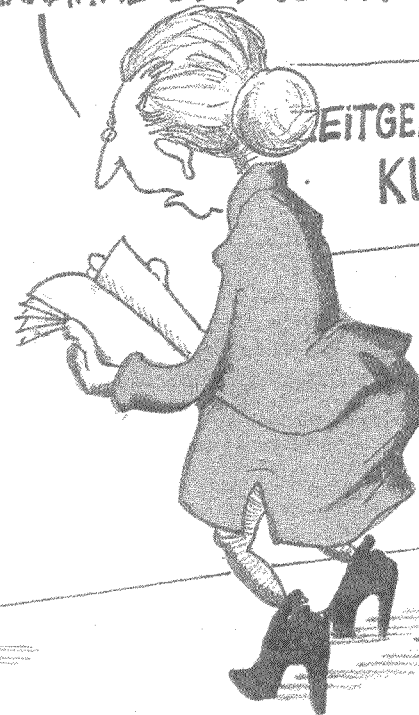
- **Unsere Ziele 1999–2003**
- **Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)**
- **In Bildung und Arbeit investieren, damit sich
Wissen auch in Zukunft auszahlt (Wirtschafts-
und Bildungspolitik)**
- **Selbstbewusste Zusammenarbeit statt Abschied
von Europa und der Welt (Aussenpolitik)**
- **Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort statt ungebremste
Einwanderung in die Schweiz (Sicherheits- und
Asylpolitik)**

**Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
E-Mail: aebischer@fdp.ch**



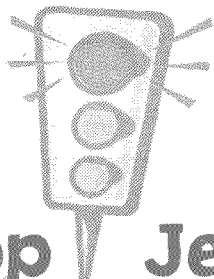
«DAS JÜNGSTE GERICHT?»

«NEIN - DIE SCHWEIZ NACH ANNAHME DER 18-PROZENT-INITIATIVE!»



HT 2003

Karikatur Andreas Töns



Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!

Ausfüllen, in einen Briefumschlag stecken und sofort senden an:
Initiativkomitee «Steuerstopp – Jetzt!», Postfach 6136, 3001 Bern.
Es müssen nicht alle Zeilen ausgefüllt sein.

Eidgenössische Volksinitiative «Steuerstopp» (publiziert im Bundesblatt vom 31. August 1999)

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 134, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung vom 18. April 1999 werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 1 (neu)

1. Übergangsbestimmung zu Art. 59 Abs. 3, Art. 85, Art. 86, Art. 106, Art. 112, Art. 114, Art. 116, Art. 130-132 und Art. 196 Ziff. 2, 3, 8 und 14-16 (Steuern und Abgaben)

1 Während sieben Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung dürfen bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben und andere Abgaben nur eingeführt oder erhöht werden, wenn im gleichen Umfange bestehende bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben oder andere Abgaben gesenkt werden.

2 Wird nach Inkrafttreten dieser Bestimmung der im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 erreichte Anteil der bundesrechtlichen Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben am Bruttoinlandsprodukt überschritten, so treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein: Im Umfange je der Hälfte des sich daraus ergebenden überschüssigen Betrages ermässigt sich die direkte Bundessteuer für jeden Steuerpflichtigen um den gleichen Prozentsatz und erhöht sich der Bundesbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bundesrat legt die entsprechenden Prozentsätze und Beträge fest.

3 Die Absätze 1 und 2 gelten weder für Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, noch für die Erhöhung bundesrechtlicher Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben, die zur Kompensation demographisch bedingter Mehraufwendungen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung unerlässlich ist.

4 Die Bestimmung tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen.
Die Angaben müssen handschriftlich und leserlich sein.

Kanton:	Postleitzahl:	Politische Gemeinde:

Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Das *Initiativkomitee*, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:
Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident FDP Schweiz, Höhenstr. 19, 6454 Flüelen; Käthi Bangerter, Nationalrätin, Murtenstr. 4, 3270 Aarberg; Christine Beerli, Ständerätin, Fraktionspräsidentin FDP Schweiz, Höhweg 84, 2502 Biel; Ulrich Bremi, alt Nationalrat, alte Landstr. 48, 8702 Zollikon; Gerold Bühler, Nationalrat, Barterweg 18, 8240 Thayngen; Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP Frauen Schweiz, Ländteweg 5, 3005 Bern; Adriano Cavadini, Nationalrat, Via delle Scuole 16, 6963 Pregassona; Toni Dettling, Nationalrat, Präsident Schweizerischer Hauseigentümerverband, Lärchenweg 16b, 6430 Schwyz; Charles Favre, Regierungsrat, Finanzdirektor VD, Ch. des caves 9, 1040 Echallens; Rolf Hegetschweiler, Nationalrat, Direktor Hauseigentümerverband Zürich, Lanzenstr. 4, 8913 Ottenbach; Michael Huber, Präsident Jungfreisinnige Schweiz, Pöurtalesstr. 93, 3074 Muri; Otto Ineichen, Unternehmer, Frohhügel 5, 6210 Sursee; Riccardo Jagmetti, alt Ständerat, Scheideggstr. 76, 8038 Zürich; Marianne Kleiner, Landammann, Finanzdirektorin AR, Sonnenböhl, 9100 Herisau; Andres F. Leuenberger, Präsident Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort), Mühlestiegrain 48, 4125 Riehen; Johannes Matyassy, Generalsekretär FDP Schweiz, Hühnlwaldweg 1, 3073 Gümligen; Erich Müller, Nationalrat, Gotthelfstr. 68, 8472 Seuzach; Fulvio Pelli, Nationalrat, via alle Scuole 18, 6924 Sorengo; Johann Niklaus Schneider-Ammann, Unternehmer, Präsident ASM/VSM, Eisenbahnstr. 25, 4900 Langenthal; Vreni Spoerry, Ständerätin, Claridenstr. 3, 8810 Horgen; Rudolf Steiner, Nationalrat, Präsident Hauseigentümerverband Solothurn, Räckholdernstr. 18, 4654 Lostorf; Georg Stucky, Nationalrat, Aberen-Terrasse 2, 6340 Baar; Pierre Triponez, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, Villettengässli 7, 3074 Muri; Karl Tschuppert, Nationalrat, Luegisland, 6218 Ettiswil; Peter Weigelt, Nationalrat, Paradisstr. 3, 9402 Mörschwil.

Ablauf der Sammelfrist: 1. März 2001

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Eidgenössischen Volksinitiative «Steuerstopp» in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort _____

Amtsstempel

Datum _____

Unterschrift _____

